

Stellen Sie sich vor, Sie schreiben im Jahr 2026 ein Gesetz. Sie gehen motiviert ans Werk. Der Zeitrahmen ist denkbar eng gesteckt, die Ihnen gestellte Aufgabe komplex. Gleichzeitig sind die Anforderungen und die Erwartungshaltung an Qualität und Ausgestaltung hoch. Zudem müssen heute Regelungen in einer vernetzten Gesellschaft funktionieren – also digitaltauglich sein. Zeitgleich sind Sie gefordert, den bürokratischen Aufwand für die Adressaten eines Gesetzes so gering wie möglich zu halten. Angesichts dieser anspruchsvollen Aufgabe treffen Sie auf die harte Realität: Denn viele Arbeitsabläufe in der Gesetzgebung orientieren sich immer noch eher an einer analogen Welt, Methoden und Strukturen stammen aus vergangenen Jahrzehnten. In Summe stoßen Sie angesichts immer höherer Anforderungen an die Gesetzgebung auf veraltete Verfahren, die zwar eingeübt sind, jedoch die Ansprüche an die Qualität des Rechts in Gänze nicht mehr in jedem Fall einhalten können. Eine Gefahr für den Rechtsstaat. Dieses Ungleichgewicht spiegelt sich – als eine vieler Ursachen – im nachlassenden Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat insgesamt wider.

Die „Modernisierungsagenda Bund“ will Rechtsetzung daher moderner und innovativer gestalten. Diese Aufgabe stellt alle Beteiligten vor erhebliche Herausforderungen: Etablierte Routinen müssen hinterfragt und neue Ansätze erprobt werden, ohne dabei die Verlässlichkeit staatlichen Handelns zu gefährden. Sie erfordert einen nachhaltigen Kulturwandel in der Art und Weise, wie Gesetze künftig konzipiert, formuliert und umgesetzt werden.

# Quo vadis, Rechtsetzung?

Zentrum für Legistik gibt Orientierung und setzt Standards

**(BS/Birga Köhler) Im Oktober 2025 wurde die Modernisierungsagenda Bund beschlossen. Als eines von fünf Handlungsfeldern sieht das Handlungsfeld 2 „Bessere Rechtsetzung“ vor, Strukturen und Arbeitsweisen hin zu einer modernen und innovativen Rechtsetzung zu entwickeln. Das Zentrum für Legistik gestaltet als neue zentrale Einheit im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung diesen Wandel der Rechtsetzung aktiv mit. Nach sechs Monaten Modernisierungsagenda ist Zeit für eine erste Bilanz.**

Genau hier setzt das Zentrum für Legistik (ZfL) an: Es unterstützt die Gesetzgebungspraxis, fördert moderne Arbeitsweisen und richtet seine Angebote konsequent an der Praxis der Legistinnen und Legisten aus.

## Die Aufgaben des Zentrums für Legistik

Das Ziel: Neue Regelungen sollen von Anfang an so gestaltet sein, dass sie zielgerichtet und adressatenorientiert wirken, bürokratiearm und praxistauglich sind. Das ZfL fungiert als zentrale Plattform, die zunächst den Status quo bestehender Werkzeuge der Gesetzgebung systematisch bündelt, am Bedarf ausrichtet und für die Zukunft weiterentwickelt.

Konkret stellt das ZfL seit Januar unter [zfl.bund.de](http://zfl.bund.de) der legistischen Praxis Unterstützungsangebote zur Verfügung. Bei ihrer Weiterentwicklung haben wir stets die Bedürfnisse der Nutzenden im Blick. Das ZfL-Portal bietet Schritt-für-Schritt-Anleitungen und praxisnahe Vorlagen. Legistinnen und Legisten erhalten derzeit Zugang zu sechs unterschiedlichen Angeboten, darunter zu Arbeitshilfen und Checks wie dem Digitalcheck oder Hilfestellungen zur Visualisierung von Prozessen wie dem Rulemap Builder oder FIM.

### Die konzeptionelle Frühphase:

Gleichzeitig richtet sich der Fokus auf die Frühphase der Gesetzgebung. Diese soll laut Modernisierungsagenda Bund konzeptioniert und damit gestärkt werden. Statt den zu regelnden Sachverhalt angesichts meist erheblichen Zeitdrucks umgehend in die Paragraphen des Referentenentwurfs zu gießen, soll künftig die Frage nach dem eigentlichen Ziel und der Wirkung eines Gesetzes an den Anfang gestellt werden. Zudem bestehen der Wunsch und die Notwendigkeit, Adressaten eines Gesetzes, bspw. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Experten und direkt am Vollzug Beteiligte, früher als bisher in den Regelungsprozess einzubinden.

### Interdisziplinäre Unterstützung durch Task Forces:

Eine immer komplexere Umwelt erfordert Antworten – auch auf die Art und Weise, wie Rechtsetzung erfolgt. Innovative Teams aus Design, Produkt- und Softwareentwicklung können Legistinnen und Legisten dabei unterstützen, Regelungsvorhaben mit neuen Methoden und Ansätzen zu durchdenken. Der Digitalcheck des Bundes hat mit dieser Methode in der Vergangenheit bereits acht Begleitungen zur Sicherstellung der Digitaltauglich-

keit der jeweiligen Regelung erfolgreich durchgeführt; das ZfL hat die Leistung bei sich integriert. Dabei zeigt sich vor allem der praktische Mehrwert, Komplexität aufzubrechen und Rechtsetzung für wenige Köpfe unter hohem Zeitdruck handhabbar zu machen.

### Praxisnahe Schulungen:

In virtuellen Formaten und Präsenz-Workshops vermittelt und etabliert das ZfL neue methodische Standards der Rechtsetzung. Dabei gilt das Credo: „Von Legistinnen und Legisten, für Legistinnen und Legisten“. Die Fortbildungen für die bessere Rechtsetzung – vor allem Basisschulungen – sollen auf Augenhöhe und so praxisnah wie möglich erfolgen.

### Bessere Rechtsetzung als Hebel für einen wirksamen Staat

Die Veränderung langjährig etablierter Arbeitsweisen benötigt Zeit und ist eine Daueraufgabe. Diese Erkenntnis mag unbequem sein, ist für eine nachhaltige Qualitätssteigerung der deutschen Rechtsetzung jedoch unerlässlich. Mit der Modernisierungsagenda hat sich die Bundesregierung bewusst ein ambitioniertes Ziel gesetzt: staatliches Handeln insgesamt wirksamer und nutzerorientierter zu gestalten. Eine bessere Rechtsetzung ist dafür

ein zentraler Hebel. Sie entscheidet maßgeblich darüber, ob politische Ziele in der Praxis tatsächlich ankommen.

Das ZfL setzt auf einen konsequent wirkungsorientierten Ansatz: Im Mittelpunkt steht nicht die Veröffentlichung von Angeboten um ihrer selbst willen, sondern Angebote, die den Arbeitsalltag in den Ministerien nachweislich verbessern. Das ZfL verbindet das langfristige Ziel der wirksamen Rechtsetzung mit konkreten Indikatoren. Am Ende zählt, ob neue Methoden langfristig in den Arbeitsalltag übernommen und dauerhaft im Sinne einer adressatenorientierten, praxis- und digitaltauglichen Rechtsetzung umgesetzt werden.

Sechs Monate nach der Verabschiedung der Modernisierungsagenda hat der Wandel begonnen. Entscheidend wird nun sein, die angestoßenen Veränderungen weiter zu vertiefen und wirkungsorientierte Rechtsetzung als festen Bestandteil moderner Verwaltungskultur zu verankern.

*Sie möchten mehr über die Arbeit des Zentrums für Legistik erfahren oder Rückmeldung zu den Angeboten geben? Kontaktieren Sie [zfl.bund.de/kontakt](http://zfl.bund.de/kontakt).*



**Birga Köhler** ist kommissarische Leiterin des Referats SBll3 „Bessere Rechtsetzung, Zentrum für Legistik“ im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung

Foto: BS/privat

Grundlage des Rankings sind 30 Einzelindikatoren in vier Kategorien: Governance und Verwaltung, digitale Infrastruktur, digitale Wirtschaft sowie digitale Gesellschaft. Dafür wurden alle 16 Landesregierungen befragt, mehr als 5.600 Bürgerinnen und Bürger repräsentativ befragt sowie amtliche Statistiken und Drittstudien ausgewertet. Die einzelnen Werte wurden anschließend auf einer Skala von 0 bis 100 normiert und zu einem Gesamtindex zusammengeführt. Neu eingeflossen sind in diesem Jahr unter anderem Faktoren wie IT-Sicherheit, finanzielle Steuerung digitaler Projekte, Rechenzentrumsleistungen und Forschung in Schlüsseltechnologien.

An der Spitze des Rankings bleibt erneut Hamburg mit 70,3 Punkten. Die Hansestadt profitiert dabei besonders von ihrer starken digitalen Infrastruktur und einer überdurchschnittlich ausgeprägten IT-Wirtschaft. Auffällig sind vor allem die hohe Gigabit- und Glasfaserver-

**(BS/Frederik Steinhage) Der neue Länderindex des Bitkom zeichnet ein zunehmend differenziertes Bild der Digitalisierung in Deutschland und zeigt vor allem, dass sich die digitalen Stärken der Bundesländer immer stärker auseinanderentwickeln. Während einige Länder ihre Digitalpolitik strategisch bündeln und institutionell absichern, bleiben andere trotz einzelner Fortschritte strukturell zurück.**

sorgung sowie der starke Anteil an IT-Unternehmen und IT-Fachkräften. Gleichzeitig zeigt Hamburg, dass auch die Verwaltungsdigitalisierung dort vergleichsweise weit fortgeschritten ist: Fast die Hälfte der OZG-Leistungen gilt bereits als digitalisiert.

Hinter Hamburg behauptet Berlin Rang zwei, verliert jedoch leicht an Dynamik. Zwar bleibt die Hauptstadt bei Start-up-Neugründungen und IT-Unternehmen bundesweit führend, gleichzeitig zeigen sich Schwächen bei der digitalen Gesellschaft und insbesondere in der schulischen Informatikbildung. Hinzu kommt, dass Berlin bislang keinen verpflichtenden Digitalcheck

## Wer digital regiert

So schneiden die Bundesländer ab

für neue Gesetze eingeführt hat, obwohl das Land seit Jahren über eine umfangreiche Digitalstrategie verfügt.

### Hessen springt in die Top Drei

Den auffälligsten Aufstieg verzeichnet Hessen, das von Platz fünf auf Rang drei vorrückt. Maßgeblich dafür ist insbesondere die institutionelle Organisation der Digitalpolitik. Das Land verfügt nicht nur über ein eigenständiges Digitalministerium, sondern auch über einen gesetzlich verankerten Digitalcheck, ein eigenes Beschleunigungsbudget und klar definierte Steuerungsstrukturen. Hinzu kommt die enorme Rechenzentrumskapazität im Raum

Frankfurt, die Hessen in der Kategorie digitale Infrastruktur bundesweit auf Platz zwei bringt. Gleichzeitig zeigt das Land aber auch die Grenzen einer stark technologiezentrierten Digitalpolitik: Bei der digitalen Gesellschaft landet Hessen lediglich auf Rang 14, insbesondere wegen geringer Informatikkompetenzen im Schulbereich.

Der eigentliche Überraschungssieger des diesjährigen Rankings ist jedoch das Saarland. Das Land verbessert sich von Platz zwölf auf Rang sechs und erzielt damit den größten Sprung aller Länder. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass dieser Aufstieg nicht primär auf Infrastruktur oder wirtschaftliche Stärke zurückgeht, sondern auf gezielte Investitionen in digitale Bildung. In sämtlichen Schulformen existieren mindestens sechs Pflichtstunden Informatik, zudem liegt der Anteil entsprechender Lehrkräfte deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Gleichzeitig zeigt der Fall Saarland, dass kleinere Länder digitale Strategien teilweise schneller operationalisieren können als große Flächenländer mit komplexeren Verwaltungsstrukturen.

### Strukturelle Muster

Auffällig ist zudem die regionale Verteilung digitaler Stärken. Während der Norden vor allem bei Infrastrukturfragen dominiert, zeigt sich im Süden weiterhin die wirtschaftliche Stärke der Digitalisierung. Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen führen bei

Glasfaser- und Gigabitversorgung, während Bayern und Baden-Württemberg insbesondere von starken Forschungslandschaften, IT-Unternehmen und Hochschulstrukturen profitieren. Baden-Württemberg punktet zusätzlich mit zahlreichen Forschungseinrichtungen in Schlüsseltechnologien wie KI, Quantencomputing und Halbleitern.

Die ostdeutschen Länder wiederum schneiden insgesamt zwar weiterhin schwächer ab, setzen aber deutliche Akzente bei digitaler Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Mecklenburg-Vorpommern erreicht bei der digitalen Gesellschaft Rang zwei, Sachsen Rang drei und Thüringen Rang vier – obwohl alle drei Länder im Gesamtranking deutlich weiter hinten liegen. Besonders Sachsen fällt durch einen außergewöhnlich hohen Anteil an Informatiklehrkräften auf. Der Osten zeigt damit, dass digitale Zukunftsfähigkeit nicht zwingend mit aktueller Wirtschaftskraft korrelieren muss, sondern auch langfristig über Bildungspolitik aufgebaut werden kann.

Ein wiederkehrendes Muster zeigt sich insbesondere bei den politischen institutionellen Faktoren. Länder mit eigenständigem Digitalministerium, Digitalkabinett, eine Digitalstrategie und mit messbaren Fortschrittsberichten schneiden insgesamt deutlich besser ab. Bayern und Hessen gelten hierfür als Beispiele, da dort Zuständigkeiten gebündelt und digitale Projekte zentral koordiniert werden. Entscheidend ist dabei nicht allein, ob ein Land eine Digitalstrategie vorweisen kann, sondern ob diese mit verbindlichen Zuständigkeiten hinterlegt ist.

Der Index legt damit nahe, dass erfolgreiche Digitalisierung weniger von einzelnen Leuchtturmprojekten abhängt als von dauerhaft etablierten Governance-Strukturen.

DIGITALE VERWALTUNG IN HESSEN

# HessenDIGITAL



20. AUGUST 2026 | Bad Homburg

[www.hedigital.de](http://www.hedigital.de)